

Hanse- und Universitätsstadt Rostock

Bürgerschaft

Niederschrift

Außerplanmäßige Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Mittwoch, 15.08.2018
Sitzungsbeginn: 16:00 Uhr
Sitzungsende: 18:51 Uhr
Raum, Ort: Beratungsraum 2, Rathaus, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Sitzungsteilnehmer:

Anwesende Mitglieder

Vorsitz

Martin Warning SPD

reguläre Mitglieder

Jahn Osterloh	UFR	
Kay Nadolny	DIE LINKE.	bis TOP 7
Steffen Kästner	CDU	
Christopher Rein	CDU	
Christian Reinke	SPD	
Reinhard Knisch	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	
Susanne Schreiber	Rostocker Bund/ Graue/ Aufbruch 09	ab TOP 3
Wolfgang Demuth	Träger der freien Jugendhilfe	Vertretung für: Frau Hanka Bobsin
Frank Lüttgerding	Träger der freien Jugendhilfe	
Dr. Andrea Rittiger	Träger der freien Jugendhilfe	
Katrin Schankin	Träger der freien Jugendhilfe	
Nico Stroech	Träger der freien Jugendhilfe	

Verwaltung

Steffen Bockhahn	Senator für Jugend und Soziales, Gesundheit, Schule und Sport
Bernhard Stuwe	Amt für Jugend, Soziales und Asyl

Gäste

Frau Dr. Bachmann	Fraktion Rostocker Bund/Graue/Aufbruch 09
Frau Jahnel	Fraktion CDU
Frau Schweinitz	UFR
Herr Dr. Burgert	Schule für Kranke
Herr Dr. Reis	Kinder-u. Jugendpsychiatrie Uni Rostock
Herr Ebert, H.Schütt,H.Hahn, Frau Hanske	Polizei Rostock
Herr Peters	Fraktion CDU

Presse
Vertreter der AWO

Abwesende Mitglieder

reguläre Mitglieder

Roland Schippmann	Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt
Steffen Ohm	DIE LINKE.	entschuldigt
Hanka Bobsin	Träger der freien Jugendhilfe	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschriften
- 3.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 19.06.2018
- 3.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 29.05.2018
- 4 Geschäftliche Mitteilungen
- 5 Berichte aus den Unterausschüssen und Beiräten
- 6 Berichte aus der Verwaltung
- 7 Umgang mit Fällen vermisster Jugendlicher
- 8 Anträge
- 9 Beschlussvorlagen
- 10 Informationsvorlagen
- 11 Anfragen
- 12 Verschiedenes

Protokoll:

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Warning, eröffnet um 16:00 Uhr die außerplanmäßige Sitzung. Die Sitzungsunterlagen sind den Mitgliedern fristgerecht zugestellt worden. Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt. Um 16:00 Uhr sind 12 Mitglieder anwesend.

TOP 2 Änderung der Tagesordnung

Der Vorsitzende informiert über die durch Herrn Knisch und Herrn Rein gestellten Anträge auf öffentliche Behandlung des TOP 7 - Umgang mit Fällen vermisster Jugendlicher. Zur Antragsabstimmung wird durch den Vorsitzenden um 16:04 Uhr die Nichtöffentlichkeit hergestellt. Im Anschluss begründet Herr Warning die nichtöffentliche Beratung des TOP 7 (Besprechung von Leistungsvereinbarungen, keine hinreichende Anonymisierung bei Fällen von Jugendlichen). Herr Knisch verdeutlicht, diese Fragen im UA JHPL zu erörtern, damit so kein Hemmnis zur Verhinderung der Öffentlichen Beratung vorliegt. Herr Rein schließt sich den Ausführungen an. Der Vorsitzende lässt die Anträge von Herrn Knisch und Herrn Rein auf Öffentlichkeit abstimmen. Die Mitglieder sprechen sich mehrheitlich (9 Befürwortungen, 2 Gegenstimmen, 1 Enthaltung) für eine öffentliche Behandlung des TOP 7 aus. Um 16:08 Uhr wird durch den Vorsitzenden die Öffentlichkeit wiederhergestellt.

TOP 3 Genehmigung der Niederschriften

TOP 3.1 Genehmigung der Niederschrift des JHA vom 19.06.2018

Frau Schreiber nimmt ab 16:08 Uhr an der Sitzung teil.

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mehrheitlich beschlossen (9 Befürwortungen, 4 Enthaltungen).

TOP 3.2 Genehmigung der Niederschrift des UA JHPL vom 29.05.2018

Die Niederschrift wird durch die Mitglieder mehrheitlich beschlossen (8 Befürwortungen, 5 Enthaltungen).

TOP 4 Geschäftliche Mitteilungen

Der Vorsitzende informiert, dass der vom JHA am 19.06.2018 verschobene Antrag 3574 (Kristin Schröder - Maßnahmen zum Standort Ernst-Haeckel-Str. 1-Beginenhof Rostock) durch die Bürgerschaft geändert beschlossen wurde.

TOP 5 Berichte aus den Unterausschüssen und Beiräten

Herr Knisch informiert über den im UA JHPL vorgelegten Entwurf der aktualisierten Kitaplanung. Die Kitaplanung 2016 ff. bezieht sich auf die Bevölkerungsprognose aus 2015. Beim aktuellen Bevölkerungsstand 2017 ist aber bei den 0 bis 3-jährigen Kindern eine Abweichung von 400 Kinder zu verzeichnen. Er fordert eine baldige Aktualisierung der Daten. Die Verwaltung bestätigt die weiter steigenden Betreuungszahlen sowie die vorhandene Vollversorgung

im Bereich der Kindergärten. Dem Versorgungsauftrag wird voll entsprochen.

TOP 6 Berichte aus der Verwaltung

-

TOP 7 Umgang mit Fällen vermisster Jugendlicher

Herr Nadolny verlässt um 18:10 Uhr die Sitzung.

Nachdem Herr Ebert, Polizeidirektor, seine ihn begleitenden Mitarbeiter vorgestellt hat, verdeutlicht er, dass es vor dem Hintergrund der Fallzahlen schwierig ist zu differenzieren, was echte Vermisstenfälle sind oder nicht. In einer Präsentation wird durch Herrn Schütt, Leiter des Kriminalkommissariats, ausführlich über die Entwicklung der Vermisstenzahlen in der HRO seit 2009, über Vermisste aus Betreuungseinrichtungen der HRO, aktuelle Tendenzen und Beispielfällen informiert. Die Präsentation wird den Mitgliedern mit der Niederschrift zugehen. Herr Ebert verdeutlicht, dass Kinder und Jugendliche, die aus ganz schwierigen Verhältnissen kommen, eine Gewaltaffinität zeigen, gesellschaftliche Werte nicht kennengelernt haben und nicht achten. In der Unterbringung der verschiedenen Trägereinrichtungen, beim Kinder- und Jugendnotdienst können diese Kinder und Jugendlichen kaum soziale Bindungen aufbauen, gleiten weiter in kriminelle Gruppenstrukturen ab und erhalten dort Anerkennung. Diese Systemsprenger (ca. 25 Jgdl.) sind es, die andere in ihren Sog mitziehen. Er appelliert an dieser Stelle, dass dringend Lösungen gebraucht werden.

Die Verwaltung verdeutlicht im Vorfeld, dass von den mehr als 20.000 in der HRO lebenden Kindern und Jugendlichen die wenigsten Schwierigkeiten haben und informiert sehr ausführlich über den Stand der Jugendarbeit. Auch wird verdeutlicht, dass Jugendhilfe in Deutschland vollständig auf Freiwilligkeit basiert. Es gibt keinen Zwang. Der eklatante Fachkräftemangel und die haushälterischen Zwänge machen die Problemlösungen nicht einfacher. Die Zusammenarbeit in einer AG, in der interessierte Teilnehmer aus der Trägerlandschaft, Polizei, Schule, Verwaltung etc. sich einbringen und gemeinsam nach Lösungen suchen, ist sehr wichtig.

Im weiteren Sitzungsverlauf beantragt der Vorsitzende das Rederecht für Herrn Dr. Burgert, Herrn Dr. Reis, Frau Schweinitz, Frau Dr. Bachmann, Frau Jahnel, was durch die Mitglieder befürwortet wird.

Es erfolgt ein intensiver Erfahrungs-, Meinungs- und Gedankenaustausch. Fragen der Mitglieder werden durch die Verwaltung und Herrn Ebert beantwortet. Die Verwaltung informiert auf Nachfrage, dass der Anteil der auswärtig untergebrachten Kinder und Jugendlichen bei 15,4 % liegt, dass im ASD-Bereich 13 (4 freie und 9 befristete Stellen) von 46 Stellen noch offen sind sowie dass für die offenen Stellen eine Dauerausschreibung läuft.

Herr Dr. Burgert betont, dass die Probleme auch in den Übergängen liegen, die Systemunterschiede sehr groß seien. Weiterhin betont er sein großes Interesse an der AG-Teilnahme und macht darauf aufmerksam, dass seine Schule für Kranke auf keinen SSA zurückgreifen könne.

Auch Herr Dr. Reis betont im Laufe des Meinungsaustausches seinen unbedingten Wunsch zur Teilnahme an der zu bildenden AG.

Im weiteren Diskussionsverlauf wird sich über den hohen Anstieg der Vermisstenmeldungen, über "Sleep in" ausgetauscht. Frau Lüthke sieht das hohe Anzeigeverhalten darin begründet, dass die Einrichtungen sich der Gesetzmäßigkeiten bewusster geworden sind. Sie glaube nicht an eine so hohe Zunahme der vermissten Jugendlichen, wie in der Präsentation dargestellt.

Die Polizei müsse ermitteln, auch wenn es oftmals immer die gleichen Jugendlichen betreffe. Der oftmals durch Machtlosigkeit vollzogene Wechsel an Betreuern und Einrichtungen und die damit nicht gegebene Bindungsfähigkeit macht die Problematik nicht einfacher. Vernünftig ausgebildetes Personal und die Behebung des Fachkräftemangels sind das A und O.

Die Verwaltung informiert, dass der Umgang mit Tageshausverboten - so die korrekte Formulierung - kein Regelinstrument bei den Trägern sei. Weiterhin wird die Schwierigkeit im Umgang mit einigen Jugendlichen beschrieben. Wenn es einfache Lösungen geben würde, hätte man diese längst umgesetzt. Auch das Thema Schulpflicht wurde debattiert. Auch Schulwegbegleitung, Fahrdienst etc. können nicht verhindern, dass Jugendliche wenige Minuten nach Ankunft die Schule wieder verlassen.

Herr Ebert hinterfragt nochmals, wie mit den sogenannten Systemsprengern nun umgegangen werden solle. Frau Schreiber verdeutlicht daraufhin, dass hier keine schnellen Lösungen gefunden werden können. So lange es gedauert hat, dass die Jugendlichen so geworden sind, wird es auch dauern, sie in vernünftige Bahnen lenken zu können. Dieses sei eine sehr mühsame Arbeit und brauche vor allem Geduld.

Auch Frau Dr. Rittiger verdeutlicht mehrmals an Beispielen die Schwierigkeiten der Träger, die oftmals an ihre Grenzen arbeiten.

Verwaltung und Polizei betonen zum Abschluss der Diskussion die Wichtigkeit der übergreifenden Zusammenarbeit. Man wisse, dass die Polizei schnelle Antworten brauche, Pädagogik diese aber nicht auf die Schnelle geben könne. Es werde an vielen Stellen immer wieder Konflikte geben. Der Vorsitzende bedankt sich für die sachlich geführte Diskussion und geht davon aus, von der Verwaltung Vorschläge für die Zusammensetzung der AG zu bekommen.

TOP 8 Anträge

-

TOP 9 Beschlussvorlagen

-

TOP 10 Informationsvorlagen

-

TOP 11 Anfragen

-

TOP 12 Verschiedenes

-

Warning, Martin

Ines Schröder

